

1866.

Nr. 9.

Freitag den 12. Jänner.

1866.

X. Jahrgang.

Annoucen übernehmen die Herren: Haasenſtein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Baſel, Hamburg und Wien, und Herr Herzog in Lemberg.

In diesen Augenblicke wird zwischen Paris und Constantinopel über einen diplomatischen Zwischenschall lebhaft verhandelt, der durch die Donaufürstenthümer - Angelegenheit heraufbeschworen wurde. In Constantinopel gab diese Frage Veranlassung zu Besprechungen zwischen der Pforte und dem Marquis de Moustier. Fuad Pascha war sehr gereizt durch die Deffentlichkeit, welche man in der Moldau-Walachien Verhandlungen zwischen ihm und dem Hospodar gegeben; aus diesem Grunde allein entschloß sich auch, sein Antwortschreiben an Cusa nun seinerseits zu publiciren. In Folge dessen wurden zwischen Moustier und Ali Pascha in der türkischen Hauptstadt und, wie es heißt, auch in Paris zwischen Drouyn de Lhuys und Saffet Pascha gewisse Erklärungen gewechselt. Ali Pascha soll darauf an die türkischen Gesandten in Paris einen Brief gerichtet haben, der, zum Vorlesen bestimmt, die Haltung und die Ausgangspuncte der Pforte in dieser Angelegenheit

heit des Breiten erörtert. Der türkische Minister des Auswärtigen spricht darin seinen Wunsch aus, die moralische Unterstützung der Großmacht zu erhalten, um dem Uebermuthe des Fürsten Cusa ein Ziel zu setzen.

Der rumänische Senat hat am 5. Januar eine Adresse, die der Botschaft des Fürsten Cusa in sympathischer Weise antwortet, einstimmig beschlossen.

Die „Morning-Post“ legt dem Gerücht von einer beabsichtigten gemeinschaftlichen Einmischung der drei Schutzmächte in die Angelegenheit des „unregierbaren“ Griechenvolkes insofern eine Bedeutung bei, als es ein großes Licht auf die hellenischen Zustände werfe. Und in der Regel liege solchen Gerüchten etwas Wahres zu Grunde. Aber sie glaubt nicht, daß eine andere als eine „moralische“ Einmischung durch gute Rathschläge denkbar sei.

In Bezug auf die nämliche Angelegenheit schreibt ein Pariser Correspondent der „Kölnischen Zeitung“: Aus Griechenland erfahre ich, daß Georg I. schon vor einem Monat ein Schreiben an die Königin Victoria geschickt, in welchem er lebhafteste Lust gezeigt habe, abzustanden. Die dem Könige auferlegte Abreise des Grafen Spontsch, der permanente Aufruhr in Athen, das incurable Brigantenwesen im Lande und die chronische Leere im Staatskassette seien eben so viel Erfahrungen als Gründe für jenen Beschluß gewesen. Der dänische Gesandte in London habe sich darauf sofort mit Lord Clarendon in Verbindung gesetzt und so die Cabinette von Petersburg, Paris und London zur Entsendung von je einer Fregatte nach dem Piräeus vermocht. Dieselben sollen zum persönlichen Schutze des Königs Georg und ihm zugleich als moralische Stütze dienen. Zu einer Intervention mit bewaffneter Hand seien jedoch die Commandeure derselben nicht ermächtigt worden.

Die mericanische Convention, schreibt man der „R. Z.“ aus Paris, ist zuverlässig in der Woche, aber kaum so weit vorgerückt, daß der Kaiser in der Thronrede etwas darüber fund geben könnte. So viel man hört, sucht Frankreich nach einer Combination, durch welche die mericanischen Anleihen auf alle Fälle gesichert bleiben.

Die in der Union circulirenden Gerüchte von der bevorstehenden Abreise des französischen Gesandten, welche aus der Anwesenheit desselben in New-York gefolgert worden waren, zerfallen jetzt, indem Hr. v. Menthon noch vor Weihnachten nach Washington zurückgekehrt ist. Wie den „New-York News“ gemeldet wird, bestehen zwischen der französischen Gesandtschaft und der Unionsregierung die freundschaftlichsten Beziehungen und soll keine Trübung derselben zu erwarten sein.

Die Vorschläge, welche französischseits in Bezug auf den Handelsvertrag mit Oesterreich gemacht werden und der Sectionsrath von Schwarz hierüber überbrachte, erscheinen, wie in officiellen Kreisen versichert wird, im Ganzen als so annehmbar, daß schon in den nächsten Tagen die französische Regierung formell aufgefordert werden wird, ihre Commission hierher zu entsenden. Als solche designirt sind, außer dem ersten Bevollmächtigten, Botschafter Herzog von Grammont, die Herren Herbet, Barbier und Djenne. Den österreichischen Bevollmächtigten, Ministern Graf Mensdorff und Baron Wüllerstorff werden als Sachmänner die Herren Ministerrath Baron Mar Gager, Sectionsräthe Depretis und von Schwarz zur Seite stehen.

Die „Wiener Zeitung“ schreibt: Der Wortlaut des am 16. December 1865 abgeschlossenen und am 4. Jänner 1866 ratificirten Handelsvertrages zwischen Oesterreich und England wird auch den letzten Zweifel über die zukünftige Handelspolitik Oesterreichs beilegen. Oesterreich hat sich damit offen zu den großen Principien des wirtschaftlichen Lebens bekannt, welche die Wissenschaft seit längerer Zeit als die einzig richtigen erwiesen und als welche sie die Erfahrung bei allen Culturvölkern, welche sie bis jetzt adoptirt haben, auf das glänzendste bestätigt hat. — Dieselben sind zweifellos berufen, das wirtschaftliche Leben der ganzen Erde zu regeln, und sich ihnen verschließen würde mit einer Verurtheilung Oesterreichs zum Niedergang, zur Verarmung gleichbedeutend sein.

Nicht bloß hat sich die kaiserliche Regierung auch in diesem Gebiete dem Fortschritt angeschlossen, sondern sie hat die Bahn desselben mit vollem Bewußtsein und in klarer Erkenntnis des Ziels betreten, indem sie zugleich die Brücken der Rückkehr zur alten Handelspolitik für immer hinter sich abbraut.

Wenn die Rücksicht auf Zustände, welche die Politik der wirtschaftlichen Isolirung im Laufe der Zeit geschaffen, Vorzicht und ein Uebergangsstadium in der Durchführung der neuen Handelspolitik anrathen, so ist doch das Princip der wirtschaftlichen Association der Völker und Staaten mit dem Vertrage zur unbestrittenen Herrschaft gelangt. Daß der Kampf dagegen ein vergeblicher, hat Oesterreich selbst in jüngster Zeit zu erfahren Gelegenheit gehabt.

In einer Zeit, wo die geistige Freiheit durch die Abschaffung der Censur zur allgemeinen Anerkennung gekommen, wo der Pöbelzwang dem Bedürfnis nach freiem Personenverkehr hat weichen müssen, wo man die Alpen durchbricht und neue Meeresstraßen durch Continente gräbt, um die Hindernisse zu beseitigen, welche die Natur dem Verkehr entgegenstellt, wo Welttheile nöthigenfalls ihre Kräfte vereinigen, um die freieste Bewegung in allen Richtungen zu ermöglichen, in einer solchen Zeit hieße es die Weltgeschichte herausfordern, wollte man für das Güterleben künstliche Schranken erhalten oder gar errichten.

Es wäre nicht bloß politisch und wirtschaftlich falsch, wenn Oesterreich sich von dem großen Cultur-Regime der wirtschaftlichen Association der Völker und Staaten ausschließen wollte, es wäre auf die

Dauer unmöglich. Mit offenen Grenzen fast rundum und auf dem größten Theile derselben von einer Reihe von Freihandelsstaaten eingeschlossen, nach allen Richtungen von Eisenbahnen durchzogen, die von jenen ausgehen, kann und Oesterreich sich nicht mehr handelspolitisch isoliren. Es muß in den großen kosmopolitischen, auf das Princip der Theilung der Arbeit und des freien Austausches der Producte gegründeten Völkerbund eintreten, denn dadurch wird nicht bloß die materielle, sondern auch die allgemeine Wohlfahrt der Staaten am raschesten und dauerndsten gesichert und gefördert.

Die augenblickliche, vorübergehende Unbequemlichkeit, welche für einzelne Industriezweige eine Veränderung des Marktes zur Folge haben kann, wird vielfach ausgeglichen werden durch die Erweiterung desselben, die Steigerung des Absatzes und die wohlfeilere Beschaffung der Rohstoffe.

Oesterreich führt schon jetzt weit mehr Webe- und Wirt-, Holz-, Metall-, Papier- und Lederwaaren aus, als ein, die Einfuhr an Manufacturen ist verschwindend klein, und die Steigerung der Ausfuhr wäre unmöglich, wollte man die Waaren der Länder schwer besteuern, welche bereit sind unseren Producten ihre Grenzen zu öffnen.

Dem Handelsvertrage, der dem Verkehr Oesterreichs mit dem fernen Norden neue Bahnen brach, wird ein Vertrag mit dem Westen folgen, der noch größere Vortheile verspricht, weil die natürlichen Bedingungen des Austausches in diesem Falle vielseitigere und günstigere sind. Der Abschluß weiterer Verträge mit nahen und fernen Ländern in Ost und Süd, um neue Märkte für den Handel und die Industrie Oesterreichs aufzuschließen und zu gewinnen, wird das unverrückbare Ziel der stätigen Anstrengungen seiner Regierung sein, und so wird das Reich in immer inniger Gütergemeinschaft mit seinen Nachbarstaaten insbesondere und mit den Handelsvölkern auf dem Weltmarkt überhaupt treten.

Mit den großen Vortheilen, welche für die materiellen Interessen unbedingt dadurch gesichert werden, gehen politische Vortheile von vielleicht noch höherer Bedeutung Hand in Hand. Mit Zuversicht darf man in der innigen Verkettung der materiellen Interessen der Völker eine der werthvollsten Garantien des Friedens erblicken. Freilich wird nicht jede Kriegsgefahr dadurch abgewendet werden, aber gewiß darf die Regierung hoffen, dadurch manche politische Spannung vor einer Steigerung bis zum Bruch zu bewahren und den Ausgleich von Differenzen zu erleichtern, welche sonst schwer zu vermitteln sein würden. Die Erhaltung des Friedens, so überaus werthvoll für das materielle wie das moralische Gedeihen der Völker und Staaten, wird durch die wirtschaftliche Einigung unter ihnen zu einem Gesamtinteresse erhoben.

† Krakau, 12. Jänner.

Am 2. d. M. ist der 39 Jahre alte Victor Jablonski aus Pragdnik (Szewony) aus der kais. russischen Gefangenschaft heimgekehrt und wurde vom Grenzbezirksamte in Jaworzno an seine Zuständigkeitsbehörde abgestellt.

Landtagsverhandlungen.

Der „Gaz.“ würdigt im Leitartikel die Eile, mit der die Gemeinde-Commission in Lemberg ihre Arbeiten fortsetzt, bedeutet jedoch, daß dies auf dem Wege des von der Majorität angenommenen Principes der Bildung besonderer Gemeinden aus Dorf- und Gemeinde und Dominium geschieht. Der „Gaz.“ steht entschieden der Minorität zu, d. h. ist für Bildung der Gemeinden durch Vereinigung von Guts- und Dorfgemeinde.

Wie die „Gaz. nar.“ erfährt, hat der Landesauschuß an die durch größten Mißwachs berührten Kreise eine Anfrage versendet, ob es solche Gegenden gibt, in denen schon jetzt die Hungersnoth derart sich äußert, daß auch die geringste Unterstützung sofort von Nothen wäre, in Folge dessen aus dem Stanislaw Kreis je 1000 fl. für 7 Bezirke verlangt wurde, wo die größte Noth herrsche. Das Blatt zweifelt, daß die Summe selbst theilweise dem Mangel zu steuern vermöchte, weil man je 1000 fl. auf 30 Dörfer vertheilen müßte, in denen annäherungsweise 40 bis 50 Familien ohne Brod sind. Es entfielen demnach für jede von diesen 85 fl., während ein Viertel Gerste — die wohlfeilste Getreidegattung — in jenen Gegenden 1 fl. 20 kr. kostet.

Ueber das Gerücht der demnächst beabsichtigten Schließung der Landtagssessionen dieses und des künftigen Jahres äußert die „Debatte“ folgendes: Die letzten Tage brachten vielfache Gerüchte über eine Schließung, nach Anderen: Vertagung der gegenwärtigen Landtagssession, und ein Grazer Blatt wußte bereits von einem A. h. Auftrage zu erzählen, in Folge dessen die Schließung der Landtage erfolgen solle. Wir erfahren nun von wohlunterrichteter Seite, daß von einem solchen A. h. Auftrage zur Schließung der Landtage noch gar nichts bekannt ist. Wenn aber andererseits erwogen wird, daß die gegenwärtige Session schon am 23. November v. J. begann, und voraussichtlich die gleiche Dauer haben werde, wie alle vorhergegangenen, so dürfte sich dieselbe in der That mit Ausnahme der Landtage Böhmens und Galiziens, wo besondere Verhältnisse obwalten, ihrem baldigen Ende nähern. Vielleicht wird die „Gaz. nar.“ aus dieser Erklärung Beruhigung schöpfen.

Nach einem Prager Telegramm des „Fremden-Blatt“ wird die Commission zur Prüfung, ob die Regierung bei der Verlusterklärung des Mandates Gregor's formell und correct vorgegangen sei, morgen beantragen, diese Mandatsverlust-Erklärung anzunehmen, in Zukunft noch aber die Statthalterei den Mandatsverlust erst nach Verlusterkennung des Landtages auszusprechen.

Die „Narodni Listy“ sind wohl sehr erfreut über die Antwort Sr. Maj. des Kaisers auf die Adresse des böhmischen Landtags, aber eines wurmt sie dennoch. Wir können — schreiben sie — unser Erstaunen nicht verhehlen, daß der Oberst-Landmarschall die königliche Antwort nur in deutscher Sprache verlesen hat und wenn diese Antwort wirklich auch in czechischer Sprache ertheilt worden sein sollte, müßten wir es als eine außerordentliche Unzukömmlichkeit seitens des Oberstlandmarschalls ansehen, daß er die Verlesung in czechischer Sprache unterließ, wie er denn überhaupt eine Uebersetzung der Adresse hätte besorgen sollen. Gelegentlich theilt dieses Blatt mit, daß der böhmische Landtag Ende Februar geschlossen, jedoch im November wieder einberufen werden soll und zwar, um sich mit der staatsrechtlichen Ordnung des Reiches und dessen einzelner historisch berechtigter Theile zu befassen.

Der niederösterreichische Landtag hat den Grafen Geusau in den Reichsrath gewählt. Geusau dankt: Es sei ihm eine ganz besondere Ehre, bei dieser Wahl gewählt worden zu sein; er werde festhalten an der Reichsverfassung [Weisfall], welche Se. Majestät der Kaiser gegeben und der Landtag dankbar angenommen. Chorinsky, Fischer, Jäger, Springenstein haben sich der Wahl enthalten. Wie aus Wien berichtet wird, ist Schäffer, Consulatdirector in London, zum niederösterreichischen Commissär bei der Pariser Ausstellung ernannt.

Telegraphische Landtagsberichte.

Pest, 10. Jänner. Die heutige Unterhaus-Sitzung begann um 19 1/2 Uhr. Nach Verlesung des Protocolls der letzten Sitzung läßt der Präsident die ihm vom Primas übergebenen Staatschriften verlesen (October-Diplom und Februarpatent, dann über das Verhältniß der ungarischen Länder zu einander). Desl beantwortet, diese Staatschriften nach den Verifications- und Adress-Verhandlungen vorzunehmen, bis dahin drucken und vertheilen zu lassen. — Unter mehreren Einläufen befindet sich eine Petition der Stadt Fiume um Anschluß an Ungarn, welche vorgelesen und mit Eisen aufgenommen wird. Die seit Constituirung des Hauses eingelaufenen Wahlpetitionen werden auf Beschluß des Hauses nicht diesem unmittelbar, sondern früher den Abtheilungen übergeben. Am 11 1/2 Uhr wurde die Sitzung aufgehoben, worauf eine geschlossene Sitzung in Verificationsangelegenheiten begann.

Braun, 10. Jänner. Der Landeshauptmann beantwortet die Interpellation des Abgeordneten Stolz über den Stand der Propinationsangelegenheit. Die Rechnungsabschlüsse mehrerer Fonds pro 1864 werden genehmigt.

Klagenfurt, 10. Jänner. Ueber eine Interpellation von Stieger und Genossen erklärt der Landeshauptmann, daß er die Wahl eines Reichsrathsabgeordneten an die Stelle Rothhorns auf eine der nächsten Tagesordnungen setzen werde. Der Landesherr Freiherr v. Schluga erklärt den Standpunkt der Regierung dahin, daß, da kein unmittelbarer Verkehr zwischen Reichsrath und Landtag besteht, die Regierung die Wahl zu vermitteln habe. Gegenwärtig finde die Regierung keine Veranlassung dazu, weil das Grundgesetz über die Reichsvertretung stillsteht. Der Landeshauptmann nimmt diese Erklärung zu Protocoll. — Von der Banordnung werden §. 1 bis 25 nach der Regierungsvorlage erliebt. Morgen Sitzung. Innsbruck, 10. Jänner. Es wurden lediglich Gemeinbeangelegenheiten und Gegenstände von rein localem Interesse verhandelt.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 10. Jänner.

Die „Gazzetta di Venezia“ bemerkt, daß durch den kaiserlichen Gnadenact, womit die Sequestrirung der Güter von Ausgewanderten des lombardisch-venetianischen Königreichs aufgehoben wird, mehr als vierhundert Besitzungen der freien Verfügung ihrer Eigenthümer zurückgegeben sind.

Der „Debatte“ zufolge wurde bei der Hofkapel und dem darauf folgenden Cerele, wo Ihre Majestäten mit jedem einzelnen Mitgliede der Deputation längere Zeit zu conversiren geruhten, die Conversation von beiden Majestäten fortwährend in ungarischer Sprache geführt. Das magyarisch gekleidete Blatt glaubt nicht zu irren, wenn es sagt, daß seit vierhundert Jahren keine Königin von Ungarn ungarisch gesprochen hat. — Beim Empfang der Deputation trug ihre Majestät die Kaiserin ein prachtvolles ungarisches Costum, ein weißes Seidenkleid, weißes Spitzenschürchen, schwarzes Leibchen mit Verzierungen und Diamanten besetzt, ein Nieder, dessen Spangen gleichfalls in Diamanten strahlten, ein ungarisches Häubchen mit Spizen und eine Diamantenkrone.

Se. Majestät der Kaiser sind dem steierischen Kunstvereine mit jährlich zwanzig Anttheilshainen betheiligten, und haben noch überdies eine Geldsumme ein für allemal demselben allergnädigst zugewiesen.

Graf Karolyi reist heute nach Berlin, um sich wieder auf seinen Gesandtschaftsposten zu begeben. Graf Wimpfen ist zum außerordentlichen Gesandten in Kopenhagen ernannt worden.

Wie man aus Pest, 10. Jänner, meldet, werden dem Leichenbegängniß Dessewffy's in Preßburg die ungarische Akademie, die ungarische Assecuranz-Gesellschaft, ferner das Abgeordneten- und Oberhaus mittelst Deputation, der Verwaltungskörper der Bodencredit-Anstalt, dessen Gründer der Verstorbene gewesen, in corpore theilnehmen. Dessewffy's Bild und Büste werden im Akademienpalast angebracht.

Der „P. Hirnök“ schreibt, daß Se. Majestät der Witwe des Compositours Franz Eschszan eine Jahrespension von 300 fl. zu bewilligen geruht hat.

Dr. Giacich aus Fiume, welcher sich, wie wir gemeldet als Mitglied der Sanitätsconferenz nach Constantinopel begeben soll, ist hier angekommen. Gestern hatte er seine Audienz beim Handelsminister vermutlich in dieser Angelegenheit.

Wie mitgetheilt wird, war es allerdings eine Zeit lang zweifelhaft, ob die Ergänzung des österreichisch-mericanischen Corps werde vorgenommen werden können. Nunmehr steht aber die Vornahme der Werbungen im Juli d. J. fest, da die nöthigen Gelder für diesen Zweck bereits angewiesen worden sind.

An die Stelle des Grafen Gustav Miersperg, der sein Mandat niedergelegt hat, wurde aus der Curie des Großgrundbesitzes Ludwig Ritter von Gutmannsthal zum Abgeordneten des krainischen Landtages gewählt.

Aus Agram, 10. Jänner, wird gemeldet: Die Warasdiner Comitats-Congregation hat beschlossen, in einer Repräsentation die vollständige Rehabilitation des Obergespanns Erdödy zu beantragen, und eine Dankadresse für die Enttarnung des Administrators Pogledic abzusenden. Beide Entschlüsse wurden einstimmig gefaßt.

Deutschland.

Ein Berliner Telegramm vom 10. d. meldet: Das Nordseeanal-Projekt sei keineswegs bei Seite gelegt, die Regierung werde für die dringend wünschenswerthe Ausführung desselben die Mitwirkung des Landtages beanspruchen. — Das preussische Marineetablisement im Kieler Hafen wird definitiv zwischen Friedrichsort und Hattenau angelegt. — Die Behauptung der Journale, die Gaiteiner Convention verhindere Preußen an einer Aushebung in Schleswig, werden bestritten. Nur aus Opportunitätsgründen unterbleibe die Aushebung. Herr v. Redlig bleibt Civil-Gouverneur in Schleswig.

„Verlässlichen Nachrichten“ aus München entnimmt die „R. Fr. Pr.“, daß dort das Gerücht von dem bevorstehenden Rücktritt des Freiherrn v. d. Pforsden stark verbreitet ist. Noch merkwürdiger wäre es, wenn sich ein anderes Gerücht bestätigte, welche als Pforsdens Nachfolger den ehemaligen bayerischen Gesandten in der Schweiz, Herrn v. Dönniges bezeichnet.

Der sächsische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherr von Beust hat, wie die Berliner „Volkszeitung“ schreibt, wegen des kürzlich in der in London erscheinenden Monatschrift: „Der deutsche Eidgenosse“ enthaltenen Aufsatze: „Der letzte politische Gefangene des Zuchthaus zu Waldheim, von Gukav Rach in Berlin“, die Einleitung einer Untersuchung von Amtswegen gegen den Verfasser beantragt, weil er darin als intellectueller Urheber und Mitwisser aller im Zuchthause zu Waldheim gegen politische Gefangene ausgeübten Grausamkeiten behandelt wäre. Die preussische Regierung hat aber, nach demselben Blatte, den Antrag abgelehnt, so daß es Herrn von Beust nun überlassen bleibt, als Kläger im Privatwege gegen den Verfasser aufzutreten.

Aus Berlin wird vom 9. d. gemeldet, daß das Ministerconcil, in welchem die Thronrede zu Eröffnung des Landtages endgültig festgesetzt werden sollte, wegen leichter Unpäßlichkeit des Königs nicht abgehalten werden konnte, daher hätten auch die Vorträge der einzelnen Ministerien, die an den Landtag gehen sollten, die Genehmigung des Königs noch nicht erhalten. Insbesondere thätig soll man im Ministerium sein. Auch dem Handelsvertrag mit Italien wird angeblich ein Passus der Thronrede gewidmet sein. Doch glaubt die „Nat. Ztg.“ die Bemerkung nicht unterdrücken zu sollen, daß es der Eröffnungsschwerlich gelingen werde, mit dem Vertrage „benedicten Staat“ vor dem Lande zu machen, da die gegenwärtige Situation nichts beweise, als daß es Herrn v. Bismarck eben nicht gelungen sei, den Widerstand Hannovers zu brechen.

In einem Leitartikel der „Prov.-Corr.“ heißt es: Die Regierung wird jetzt wie seither die verfassungsmäßige Mitwirkung zur Durchführung der Reorganisation beanspruchen.

Das genannte Blatt meldet: Der Ministerpräsident Graf Bismarck wird den Landtag eröffnen.

Nach einem Telegramm aus Rom präconisirte der Papst den Bischof von Dönambrück, Melchers, als Erzbischof von Köln, nachdem über die „Ernennungsform“ ohne die vorherige Wahl des Kölner Capitels, so wie über die „Person“ eine Einigung zwischen der preussischen Regierung und Rom stattgefunden habe.

Das Comité, welches die neuen Eigenthümer des „Diennik poz.“ mit der Leitung und Redaction beauftragt haben, will versuchen, das Blatt zu einem „Organ der polnischen Nation“ zu machen, während es bisher nur das Organ der Posener Provinzialen war. Die Partei der Weißen hat, nachdem ihre Gegner den Waffen der Russen und den eigenen Intriquen unterlegen sind, wieder die Fägel ergriffen.

Frankreich.

Paris, 8. Jänner. Fould's Amortisationsplan ist am vorigen Samstag vom Staatsrath ohne alle Modification genehmigt worden. Die Einnahmen und Ausgaben der Amortisationscasse werden sich auf je 78 Millionen belaufen. — Es heißt, man wolle die verurtheilten Studenten sämmtlich zum Geburts-tage des kaiserlichen Prinzen amnestiren. — Die Präfecten erlauben sich jetzt fortwährend Eingriffe in die Rechte der bisherigen unabhängig dastehenden landwirtschaftlichen Gesellschaften. Dieselben wählten immer ihre Vorstände selbst. Wie es scheint, will man jetzt aber durchsetzen, daß sie sich unter die Protection der Regierung stellen und von derselben ihre Präsidenten ernennen. — Am letzten Samstag hielt Ludwig Simon (aus Erier), im hiesigen Turn-Verein einen Vortrag über das allgemeine Stimmrecht. Zugleich

Lurnau und Stanislaus Bischofzest nach Galizien, 1867

